

Pressemitteilung

Sachliche Diskussion für ein neues Sicherheitskonzept in Schwalbach

Die Unabhängige Liste Schwalbach begrüßt das von der Bürgermeisterin Christiane Augsburg er eingelegte Veto gegen den Beschluss der Koalition von CDU/GRÜNEN den privaten Sicherheitsdienst fortzuführen. Die UL hatte sich in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 28.1.2010 vehement für die Magistratsvorlage ausgesprochen und nachdem die CDU/Grünen-Mehrheit auch eine Vertagung und Anhörung von Vertretern des Innenministeriums und der Polizei abgelehnt hatte, Bürgermeisterin Augsburg in einem Schreiben vom 30.01.2010 aufgefordert, dem Beschluss aus rechtlicher Sicht zu widersprechen.

Nun sollte ruhig und sachlich über ein neues Sicherheitskonzept für Schwalbach nachgedacht werden. Die UL hat dazu dem Stadtparlament einen Antrag vorgelegt, der die Magistratsvorlage um folgende Punkte ergänzen soll:

1. Der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses v. 28.1.2010, die Einrichtung einer Sicherheitsstreife durch einen privaten Sicherheitsdienst öffentlich auszuschreiben, wird aufgehoben.
2. Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Polizeidienststellen des Main-Taunus-Kreises ein Konzept für eine „Stadtpolizei“ zu erarbeiten.
3. Alternativ zu einem Konzept mit vier Stellen wird ein Konzept mit drei bzw. zwei Stellen zur Entscheidung vorgelegt.
4. Das Konzept „Stadtpolizei“ wird als Modellprojekt betrieben und nach drei Jahren einer Überprüfung unterzogen.
5. Der Magistrat wird beauftragt, über den Hessischen Städte- und Gemeindeverbund, bei der Landesregierung eine Mitfinanzierung von 50% zu erreichen.
6. Der Stellenplan ist entsprechend zu ändern. Die finanziellen Mittel stehen im Haushalt 2010 zur Verfügung.

In der Auseinandersetzung über die private Sicherheitsstreife geht es nicht nur um die rechtlichen Aspekte. Zu kurz gekommen sind in der Sicherheitsdebatte die Aspekte, auf die auch die Polizei schon seit längerer Zeit immer wieder hinweist. Es geht um ein umfassendes Konzept von Prävention, um insbesondere die Jugenddelinquenz zurückzudrängen.

Der Main-Taunus-Kreis kann sich glücklich schätzen, dass er mit den Herren Moog und Spengler zwei hervorragende Beamte hat, die immer wieder darauf hinweisen, dass neben den polizeilichen Maßnahmen und Interventionen der sozialpädagogische Arbeit in einer Kommune ein hoher Stellenwert zukommt. Dies beginnt mit einer qualifizierten Arbeit im Kindergarten, geht über die Betreuung und Hilfestellungen in den Schulen, im Jugendzentrum, durch das Jugendbildungswerk bis hin zur offenen mobilen Jugendarbeit (Streetwork). Jugendliche und Heranwachsende benötigen Unterstützung im Prozess des Erwachsenwerdens, sie brauchen Anerkennung und Perspektiven.

Im aufeinander abgestimmten Zusammenwirken der verschiedenen Institutionen, auch Kommune übergreifend, wird die Prävention gestärkt und kann eine bessere Wirkung entfalten. Allein „Repression und Verdrängung greifen zu kurz“, wie im Bericht der Polizeidirektion Main-Taunus, richtig festgestellt wird.

f.d.R. Günter Pabst (Fraktionsvorsitzender)